Informationsdienst der SPD-Stadtratsfraktion Erlangen

Ausgabe 07/November 2019

RATHAUS TELEGRAMM

SPD-Fraktion unterstützt Radentscheid

In unserer Stadt hat das Radfahren Tradition: Bei der letzten Umfrage des Amtes für Statistik der Stadt Erlangen im Jahr 2018 kam heraus, dass das Fahrrad mit 47% das meistgenutzte Verkehrsmittel in Erlangen ist. Spätestens seit 2014, mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Ampelkoalition, ist deshalb auch viel passiert für den Radverkehr. Manche Maßnahmen waren heftig umstritten - man denke nur an die Öffnung der Einbahnstraßen für den Radverkehr.
Braucht es also in einer Stadt, in der das Rad so im Vordergrund steht, einen Radentscheid? „Die Antwort lautet: Ja!“, so die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Felizitas Traub-Eichhorn.
Sie spricht damit für die gesamte Fraktion. Trotz vieler Fortschritte gibt es auch in Erlangen an vielen Stellen noch Verbesserungsbedarf. Der Ausbau der Fahrradstraßen muss weitergehen, das Räderabstellen bleibt ein Problem. Und besonders beim Thema „Radschnellwege“ geht es derzeit nicht voran. Hier machte Innenminister Hermann große Versprechungen, bislang ist aber seitens der Staatsregierung noch nichts passiert. Doch diese Unterstützung ist dringend nötig, da es sich bei Radschnellwegen um überörtliche Maßnahmen handelt, wo mehrere Kommunen an einen Tisch gebracht werden müssen. Mit der Unterschrift unter den Radentscheid signalisieren die Bürgerinnen und Bürger, dass sie das Radfahren voranbringen wollen. Dies ist ein wichtiges Zeichen für die Kommunalpolitik. Schließlich können wir nur durch die couragierte Stärkung von umweltverträglichen Verkehrsmitteln die Verkehrswende erreichen, die wir brauchen, um unser Klima doch noch zu retten. ■

Hier geht es zur Webseite des Radentscheids Erlangen: https://radentscheid-erlangen.de/

Bei den VGN-Tarifen tut sich was!

Keine Fahrpreiserhöhung - Neun-Uhr-Abo kommt

In seiner letzten Sitzung hat der Erlanger Stadtrat das „VGN-Innovationspaket“ beschlossen. Mit diesem steigt der VGN in eine Überarbeitung seines Tarifsystems ein.
Ein wesentlicher Baustein ist, die übliche jährliche Preiserhöhung für dieses Jahr auszusetzen, trotz weiter steigender Kosten. Damit wird Bus- und Bahnfahren gegenüber dem Auto deutlich attraktiver. Weiterhin wird das bisher nur für Nürnberg existierende Neun-Uhr-Abo im gesamten VGN-Gebiet eingeführt. Damit haben alle, die nicht das umfangreiche ÖPNV-Angebot im morgendlichen Berufsverkehr nutzen, nun auch eine Abo-Alternative. Für Erlangen wird dieses Abo 25,50 Euro pro Monat kosten.
Außerdem wird der VGN weitere Ticketmodernisierungen testen. So soll es Versuche mit E-Ticketing geben: Hier werden die Fahrkartenkäufe über eine elektronische Karte oder eine App erfasst.

Mehr Informationen gibt es hier: https://ratsinfo.erlangen.de/vo0050.php?__kvonr=2133345

Erlangen SPD

Dies erlaubt Bestabrechnung – wer z.B. an einem Tag so oft fährt, dass sich ein Tagesticket lohnt, erhält automatisch nur dieses und nicht die gebuchten Einzelfahrten in Rechnung gestellt – und auch streckenabhängige Tarife – hier zählen nicht mehr Tarifzonen, sondern die Entfernung von Haltestelle zu Haltestelle. Außerdem verhandelt der VGN die Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets für Schüler*innen und Auszubildende.
Für diese Schritte bei den VGN-Tarifen hat sich vor allem auch Erlangens Oberbürgermeister Florian Janik eingesetzt, der darüber intensiv mit dem Land und den anderen VGN-Mitgliedern verhandelt hat. „Im VGN herrscht Einstimmigkeitsprinzip, und zwischen den Städten und ihrem unmittelbaren Umland und den ländlicheren Landkreisen gibt es unterschiedliche Vorstellungen über die Entwicklungen des ÖPNV“, erläutert Florian Janik: „Möglich wurde das Innovationspaket, weil es uns gelungen ist, die Staatsregierung zu überzeugen, nicht nur den Münchner Verkehrsverbund zu fördern, sondern alle Verkehrsverbünde in Bayern. Mit dieser Förderung können wir nun die Weiterentwicklung des Ticketsystems angehen. Ich will da noch weiter gehen und den ÖPNV durch günstige und praktische Tickets und ein besseres Angebot attraktiver machen. Mit dem Innovationspakt ist uns ein erster großer Schritt dazu und damit auch zur Verkehrswende gelungen – und jetzt arbeite ich an den nächsten Schritten!“ ■

Planungssicherheit für das figuren.theater.festival 2021

Das figuren.theater.festival 2019 war wieder ein voller Erfolg, mit meist ausverkauften, spannenden Vorstellungen in Theater, Redoutensaal und vielen weiteren Auftrittsorten. Neu war diesmal, dass nicht nur die „Figurentheater-Begeisterten“ aus ganz Deutschland in geschlossenen Räumen phantastische Aufführungen erleben konnten. Vermehrte Auftritte in der Innenstadt und in den Stadtteilen (z.B. auf dem Parkdeck des Großparkplatz-Parkhauses oder am Kanal in Büchenbach) zogen auch viele Menschen in ihren Bann, die diese Kunstform noch nicht kannten und nun begeistert zusahen.

Weil barrierefrei zugängliche kulturelle Ereignisse, die gemeinsam erlebt werden, die Gemeinschaft fördern und die Stadt beleben, haben wir den Antrag gestellt, dass auch beim nächsten figuren.theater.festival 2021 vermehrte Aufführungen im öffentlichen Raum stattfinden sollen.

Da die hochqualitativen Projekte schon 2019/20 gesichtet und geprüft werden müssen, soll die Planung dafür ab sofort sichergestellt werden. Kulturpolitische Sprecherin Ursula Lanig: „Hinter die Attraktivität des figuren.theater.festivals 2019 mit seinen hervorragenden Aufführungen in der Öffentlichkeit dürfen die Festivaltage 2021 nicht mehr zurückfallen, daher ist schon jetzt Planungssicherheit nötig.“ ■

Erlangen SPD

Street-Art in Erlangen

„Street-Art“, auch als Post- und Neograffiti oder Urban Art bekannt, ist als großflächige Malerei auf Fassaden und (Tunnel)wänden eine weltweit wachsende Kunstform. Sie wird in unterschiedlichsten Inhalten, Formen und Stilen ausgeführt: von architektonischer Malerei über Naturabbildung bis zu abstrakter Moderne oder qualitativ hochwertigem Graffiti gibt es interessante Beispiele in vielen Städten. Spezielle Stadtführungen in diesen Städten zeigen die Steigerung von deren Attraktivität durch Street-Art.

Darüber hinaus kann auch das „Wohngefühl“ in einer Nachbarschaft durch die Gestaltung leerer Flächen sehr positiv beeinflusst werden. Um zu prüfen, welche Projekte an welchen Orten möglich sein könnten und wie eine Beteiligung der interessierten Bevölkerung aussehen könnte, stellte die SPD-Fraktion den Antrag, in einer der nächsten Sitzungen des KFA über „Street-Art in Erlangen“ zu informieren und eventuelle Kooperationen zu benennen.

Volksbegehren „Mietenstopp“ gestartet

Zum Volksbegehren gibt es hier weitere Informationen: https://mietenstopp.de/

Die Initiative „6 Jahre Mietenstopp“ hat mit der Sammlung von Unterschriften für ein entsprechendes Volksbegehren begonnen. Unterstützt wird sie dabei auch von der SPD-Fraktion im Erlanger Stadtrat.

„Es wird Zeit, endlich wirksam gegen die explodierenden Mieten vor allem in den Großstädten zu handeln“, so SPD-Wohnungssprecher Philipp Dees: „So sind in Erlangen die Mieten um durchschnittlich 2,6 Prozent gestiegen, deutlich oberhalb der Inflation. Und nimmt man die städtische Gewobau und einige andere soziale Vermieter, die ihre Mieten kaum erhöhen, aus der Betrachtung, dann fällt der Mietanstieg noch viel drastischer aus.“ Nur mit Neubau und der Mietpreisebremse, so Dees weiter, komme man gegen den starken Mietanstieg, dem auch keine entsprechend steigenden Kosten von Vermieter*innen gegenüberstünden, nicht an. Die Folge: „Immer mehr Menschen sind von den Mieten in der Stadt stark belastet, immer mehr können sich nicht mehr leisten, in der Stadt zu wohnen. Erlangen muss aber eine Stadt für alle bleiben: Zu der gehört die Polizistin und der Krankenpfleger genauso wie der Universitätsprofessor und die Ingenieurin bei Siemens. Deshalb gilt es, den Mietenanstieg zu stoppen.“

Das vom Münchener Mieterverein initiierte Volksbegehren sieht vor, dass Mieten für sechs Jahre nicht erhöht werden dürfen. Davon ausgenommen sind Mieten, die unter 80 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen – hier dürfen die Vermieter*innen die Miete unter den üblichen gesetzlichen Bedingungen erhöhen, bis diese 80 Prozent erreicht sind. Bei Neuvermietungen darf, außer bei Neubauten, maximal die ortsübliche Vergleichsmiete verlangt werden. Das Volksbegehren wird neben der SPD unter anderem auch vom Deutsche Gewerkschaftsbund Region München, der Linken Bayern, dem Landesverband Bayern des Deutschen Mieterbundes, dem Landesverband Bayern des Sozialverbands Deutschland und dem Münchner Mieterbeirat unterstützt.

In einem ersten Schritt müssen für die Zulassung des Volksbegehrens mindestens 25.000 Unterschriften gesammelt werden. Nimmt der Gesetzentwurf diese Hürde, müssen nach der Zulassung in einem zweiten Schritt knapp eine Million Wahlberechtigte für das Volksbegehren auf den Rathäusern unterzeichnen. Wird auch diese Hürde genommen, kann der Landtag das Gesetz annehmen oder es kommt zum Volksentscheid.

RATHAUS TELEGRAMM 07/2019: IMPRESSUM
Das SPD-Rathaustelegramm wird durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen erstellt,
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen, Telefon: 09131-862225 - Fax: 09131-862181
Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de - Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Verantwortlich: Barbara Pfister- Redaktionelle Gestaltung: Nina K. Riebold